

Sollen die Telecom und die Post privatisiert werden?

Eine Interpellation der FBP stellt das Thema Privatisierung der Telecom und der Post im Landtag zur Debatte. **In einer Studie zum Thema Service public gab die Stiftung Zukunft.li die Empfehlung ab**, dass sich der Staat als Dienstleister gerade aus dem Telekommunikationsmarkt zurückziehen sollte. Für sie ist unbestritten, dass Anpassungen nötig sind, denn sonst laufen sowohl die Telecom als auch die Post Gefahr, in Schwierigkeiten zu geraten.

«Grundsätzlich begrüsse ich einen Rückzug des Staates»

Sascha Quaderer

Landtagsabgeordneter der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich zuerst eine andere Frage stellen: Müssen die beiden Unternehmen in Staatsbesitz sein, um die Grundversorgung Liechtensteins gewährleisten zu können? Diese Frage ist aus meiner Sicht für die beiden unterschiedlich zu beantworten.

Für die Telecom kann man das getrost verneinen. Bereits jetzt konkurriert sie mit privaten Anbietern. Die Netzinfrastruktur gehört mittlerweile den LKW. Somit ist bei einer Privatisierung der Telecom sichergestellt, dass das Kommunikationsnetz in Staatsbesitz bleibt. Das halte ich für einen Vorteil, insbesondere in Krisensituationen. Daher befürworte ich eine Privatisierung der Telecom.

Bei der Post ist die Sache komplizierter. Schon heute spürt sie die Veränderun-

gen durch Digitalisierung und Liberalisierung deutlich. Sie muss regelmässig ihr Geschäftsmodell anpassen, um richtig im Markt positioniert zu sein.

Das wird auch Bereiche der Grundversorgung betreffen. Deshalb ist es wichtig, dass ihr die Politik keine zu engen Vorgaben macht. Langfristig finde ich den Ansatz der Stiftung Zukunft.li interessant, eine abgespeckte Grundversorgung von Zeit zu Zeit öffentlich auszuschreiben – ähnlich wie beim ÖV, wo es bereits seit Längerem so praktiziert wird.

Grundsätzlich begrüsse ich einen Rückzug des Staates aus beiden Unternehmen. Dann erübrigt sich auch die Diskussion, warum staatsnahe Betriebe in zahlreichen Geschäftsfeldern mitmischen, in denen es private Anbieter gibt und wo der Wettbewerb funktioniert.



«Es gibt keinen Grund, warum die Telecom in Staatshand bleiben soll»

Hubert Büchel

Stv. Landtagsabgeordneter der Vaterländischen Union (VU)

Die Aussagen des Erbprinzen «der Staat ist meist ein schlechter Unternehmer» und «die Regierung sollte in regelmässigen Abständen die Privatisierung von Staatsbetrieben prüfen» unterschreibe ich.

Im Bereich Telecom befürworte ich, dass das Netz (Glasfaser/Kupfer/Koax) in «Staatshand» ist. Anders als in anderen Ländern wird dies bei uns von den Liechtensteinischen Kraftwerken und nicht von der Telecom betrieben. Dies ist meines Wissens einzigartig, aber

für unser Land sinnvoll. Das heisst, dass es keinen Grund gibt, warum die Telecom weiterhin in Staatshand bleiben soll. Der Wettbewerb spielt, was sich in der Angebotsfülle und in sinkenden Preisen niederschlägt. Der Staat soll nur noch die Grundversorgung ausschreiben. Eine Privatisierung ist daher sinnvoll.

Bei der Post lässt die Digitalisierung das Kerngeschäft seit Jahren schrumpfen. Die Führung der Filialen als «Tante-

Emma-Laden» ist für mich der falsche Ansatz und konkurriert unnötig mit Privaten. Daher empfehle ich auch hier, dass Grundversorgungsgeschäft wie Brief und Paketpost mit einem Leistungsauftrag auszuschreiben.

Den geneigten Leserinnen und Lesern kann ich nach der Lektüre der «Liewo» die Studie «Service Public. Weniger Staat – mehr privat» der Stiftung Zukunft.li wärmstens empfehlen.



«Der Vorstoss folgt den ideologischen Dogmen des Neoliberalismus»

Tobias Gassner

Vorstandsmitglied der Jungen Liste

Die Privatisierung der Post und der Telecom Liechtenstein hätte zur Folge, dass die Grundversorgung der Bevölkerung unsicher, Arbeitsplätze gefährdet wären sowie die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern würden.

Solche Privatisierungen nützen nicht der breiten Bevölkerung, sondern nur dem einen Prozent und bedeuten einen Abbau des Service public in Liechtenstein. Nach einem solchen Schritt steht für die Investoren nicht mehr die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung, sondern die Maxi-

mierung des Profits im Vordergrund. So bedeutete in Deutschland eine privatisierte Post den Abbau von Filialen und die Auslagerung von Arbeitsplätzen.

Mit anderen Worten versucht dieser Vorstoss der FBP, eine verlässliche Versorgung der Bevölkerung für den Profit weniger Investoren zu verschern. Er dient nicht dazu, ein Problem zu lösen, sondern folgt den ideologischen Dogmen des Neoliberalismus und seinem unverbesserlichen

Glauben an den unfehlbaren Markt. Dabei ist die Möglichkeit der freien Kommunikation, wie das Recht auf Gesundheitsversorgung oder Sicherheit, unabdingbar und darf nicht für Profite von einigen wenigen hergegeben werden.

Man muss sich aber nicht über solche Interpellationen wundern, gibt es in Liechtenstein doch enge private und finanzielle Verbindungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Geldaristokratie.



«Der Filz zwischen Regierungsparteien und Staatsbetrieben ist zu gross»

Erich Hasler

Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Eine Privatisierung der Telecom ohne Leitungsnetz ist illusorisch. Der Versuch, die Telecom und das Leitungsnetz an die Swisscom zu veräussern, scheiterte im Jahr 2013 kläglich im Landtag, u. a. weil der Preis für das Netz angeblich zu tief angesetzt war.

Ein erster Schritt in Richtung Privatisierung der Telecom müsste darin bestehen, Leitungsnetz und Telecom zusammenzuführen. Bereits für diese Vorstufe dürfte sich bis auf weiteres keine Mehrheit finden, denn zu gross ist der Filz zwischen den Regierungsparteien und den Staatsbetrieben. Also abhaken.

Bei der Privatisierung von Unternehmen, die für die Grundversorgung des Landes von Bedeutung sind, muss mit Bedacht vorgegangen werden. Auch müsste zuerst sichergestellt sein, dass verschiedene Anbieter auf dem Markt sind, um nicht von einem einzigen Unternehmen abhängig zu sein. Hier forderten die heutigen DpL-Abgeordneten im März 2018 die Prüfung der

Frage, ob das Kabelnetz (CATV) der LKW an Dritte veräussert werden soll, solange es noch einen Wert hat, zudem als Absicherung gegen einen Netz-Totalausfall (Ziel: unabhängige Netze) und Sicherstellung von etwas Wettbewerb. Die Mehrheit der VU/FBP/FL-Abgeordneten lehnte ab.

Wenn man schon die Frage der Privatisierung von Staatsunternehmen aufwirft, dann sollte man sich zuerst mal an kleineren Projekten versuchen. Letztmals diskutierte der Landtag im November 2018 über einen Privatisierungsvorstoss. Zur Diskussion stand die Motion der DpL zur Privatisierung des Radio L, wohl gemerkt eines Betriebs, der für die Grundversorgung des Landes keine Rolle spielt. Jährliche Kosten: gegen drei Millionen mit den obligaten Nachtragskrediten. Resultat: Alle Abgeordneten der FBP, VU und FL stimmten gegen die Motion. In diesem Lichte entpuppt sich der FBP-Vorstoss bereits heute lediglich als reine Spiegelfechterei.



«Wir sind zu klein für eine Telecom und eine Post»

Pio Schurti

Mitglied der Unabhängigen (DU)

Es gibt viele, die der Ansicht sind, dass der Staat ein schlechter Unternehmer sei. Das mag so sein. Letztlich ist aber der Staat für die «Grundversorgung» verantwortlich, genauso wie er gemäss Verfassung für das öffentliche Gesundheitswesen zu sorgen hat.

Sollte der Staat zum Schluss kommen, dass er besser fährt, wenn er Telecom und Post privatisiert, wohlan. Wenn's schiefläuft,

muss sowieso der Staat wieder einspringen.

Wir sind zu klein für eine Telecom und eine Post, ob privatisiert oder staatlich. Werdenberg hat auch keine eigene Post und keine eigene Telecom.

Eine vernünftige Kompromisslösung wäre, die Telecom der Swisscom zu übergeben und die Post der Schweizer Post. Wir haben ja schon ewig St. Galler Postleitzahlen.

